

Kommunale Gesundheitsversorgung in Kleinstädten sichern: Netzwerkbildung oder Medizinische Versorgungszentren?

Kleinstadt Akademie auf Tour
in Dörentrup

Bürgerhaus der Gemeinde Dörentrup
Am Rathaus 2, 32694 Dörentrup
18. November 2025

Die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung und sonstigen Gesundheitsinfrastruktur stellt Kleinstädte vor große Herausforderungen. Überalterte Praxen, fehlende personelle Nachfolge und der demografische Wandel, aber auch fehlende Apotheken und andere Gesundheitsdienstleistungen erhöhen den Druck auf lokale Strukturen. Gleichzeitig bieten Kleinstädte kurze Wege, enge Netzwerke und schnelle Entscheidungsprozesse.

Die Veranstaltung in Dörentrup zeigte, wie unterschiedlich Kleinstädte auf diese Entwicklungen reagieren: durch informelle Netzwerke, kommunale MVZ oder kommunal entwickelte Gesundheitszentren nach Poliklinik-Vorbild. Eine allgemeingültige Lösung gibt es nicht – jede Kleinstadt braucht den Ansatz, der zur eigenen Lage passt. Die Bürgermeister aus Dörentrup, Marienmünster und Schneeberg (Sachsen) sowie ein Hausarzt aus Dörentrup berichteten von ihren Erfahrungen. Ihre Beispiele machen deutlich, dass frühzeitiger Austausch, konsequente Kooperation und mutige kommunale Entscheidungen entscheidend für eine stabile Versorgung sind.

Tipps für die Praxis:

Gesundheitsversorgung als kommunale Aufgabe etablieren.
Verlässliche Ansprechpersonen in der Verwaltung und persönliche Gespräche mit der lokalen Ärzteschaft schaffen Vertrauen und halten Prozesse in Bewegung. Die besondere Rolle von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern kann dabei verbindlich wirken. In Dörentrup, Marienmünster und Schneeberg war dieses Engagement zentral, um unterschiedliche Versorgungsmodelle zu entwickeln und dauerhaft zu verankern.

Politischen Konsens sichern.

Einstimmige Beschlüsse in der Kommunalpolitik schaffen Planungssicherheit über Wahlperioden hinweg. In Marienmünster wurden alle Entscheidungen zum kommunalen MVZ fraktionsübergreifend getragen – ein wichtiger Faktor für Kontinuität und erfolgreiche Umsetzung.

Absprachen vor Ort verlässlich organisieren.

Regelmäßige Abstimmungen zwischen Versorgungsträgern, Verwaltung und weiteren lokalen Partnern stärken Strukturen und machen diese tragfähiger – unabhängig davon, welches Modell die Kommune umsetzt. Klare Ansprechpersonen und verlässliche Austauschformate erhöhen die Handlungsfähigkeit.

Mehr erfahren? Kontakt aufnehmen!



Dörentrup: „Gesundes Dörentrup“

Ärzte und später weitere Trägerinnen und Träger von Gesundheitsdienstleistungen in Dörentrup haben sich zu einem offenen Netzwerk zusammengeschlossen. Die Kommune unterstützt mit Raumangeboten, Einladungsmanagement und Webauftritt.

Bürgermeister Friso Veldink

✉ f.veldink@doerentrup-lippe.de
☎ +49 05265 739-1246

Familienpraxis Dörentrup, Matthias Winter

✉ kontakt@familienpraxis-doerentrup.de
☎ +49 5265 212

Marienburg: Kommunales MVZ

Aus der Situation heraus, in absehbarer Zeit keine ärztliche Versorgung mehr anbieten zu können, hat die Kleinstadt ein kommunales MVZ auf den Weg gebracht. Es übernimmt zukünftig die hausärztliche Versorgung für die gesamte Stadt und stellt zusätzliche gesundheitliche Angebote bereit. Ärzte und Ärztinnen sind im MVZ angestellt.

Bürgermeister a.D. Josef Suermann

✉ info@marienburg.de

Schneeberg: Gesundheitszentrum

Ein ehemaliges Krankenhaus wird zum Gesundheitszentrum in der Art einer Poliklinik, Stück für Stück wird direkt mit den zukünftigen Ärzten und Ärztinnen ein breites, auch fachärztliches Angebot aufgebaut, das bis zu ambulanten Operationen reicht und so die regionale Versorgung sichert. Das ärztliche Angebot wird durch weitere gesundheitliche Dienstleistungen ergänzt.

Bürgermeister Ingo Seifert

✉ buergermeister@schneeberg.de

Tipps für die Praxis:

Räumliche Nähe als qualitativen Versorgungsfaktor nutzen.

Die Bündelung von Praxen, Therapieangeboten und Gesundheitsdienstleistungen an einem Ort, etwa in wenigen Straßen konzentriert, erleichtert Abstimmungen, stärkt die fachübergreifende Zusammenarbeit und verbessert die Erreichbarkeit für Bewohnerinnen und Bewohner. Marienburg, Schneeberg und Dörentrup zeigen, wie (trotz unterschiedlicher Konzepte) räumliche Konzentration gesundheitliche Versorgung stabilisieren kann – besonders bei eingeschränktem ÖPNV-Netz.

Finanzielle Aufwände realistisch einschätzen.

Gesundheitsinfrastruktur verursacht erhebliche Kosten. Die Stadt Schneeberg investierte rund 3,2 Mio. € in den Umbau des ehemaligen Krankenhauses; in Marienburg trägt die Kommune rund 2,6 Mio. € für die Entwicklung des kommunalen MVZ. Fördermittel helfen, fließen aber – so die Erfahrungen – eher selten. Zudem ersetzen sie auch keine langfristige Finanzierungsstrategie. Oft ist es die akute Situation, die Handlungsfenster eröffnet, in denen sonst kaum durchsetzbare strukturelle Entscheidungen möglich werden.

Regionale und überregionale Koordination stärken.

Versorgung endet nicht an Gemeinde- oder Kreisgrenzen. Unterschiedliche Zuständigkeiten von Kommunen, Kreisen und Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) erfordern ein abgestimmtes Vorgehen mit entsprechenden Planungen. In Grenzlagen zu anderen Bundesländern ist interregionale Abstimmung das Gebot, um Angebote und Zuständigkeiten sinnvoll zu verzahnen.

Weitere Impulse aus der Veranstaltung

◆ Mit der KV pragmatisch zusammenarbeiten.

Die KV trägt den gesetzlichen Sicherstellungsauftrag und arbeitet innerhalb klar definierter Zuständigkeiten. Frühzeitiger Austausch schafft Transparenz über Spielräume und Bedarfe. Kommunen können Rahmenbedingungen verbessern und eigene Lösungen entwickeln, wenn KV-Strukturen an praktische Grenzen stoßen.

◆ Attraktive Rahmenbedingungen schaffen.

Angebote, die die Lebensqualität verbessern, beeinflussen die Entscheidung von Ärztinnen und Ärzten für einen Standort oft genauso stark, wie Unterstützung bei der Entwicklung von Praxen etc. Investitionen in Infrastruktur, Freizeitangebote und Bildungseinrichtungen erhöhen die Attraktivität und können positive Stadtrenditen erzeugen..

Stand November 2025

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Die Geschäftsstelle Kleinstadt Akademie wird durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen gefördert und durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung begleitet.